

Begrüßung

## **Europatag von BZÄK und BFB**

1. Juni 2016, Berlin

Dr. Andreas Gassen

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Europatag der Bundeszahnärztekammer und des Bundesverbandes der Freien Berufe und bedanke mich für Ihr zahlreiches Erscheinen.

- **1.300.000** selbstständige Freiberufler gibt es heute in Deutschland.
- **3.000.000** sozialversicherungspflichtige Jobs zählen wir in diesem Bereich.
- **122.000** junge Menschen werden von den Freien Berufen ausgebildet.

Diese Zahlen zeigen: Die Freien Berufe sind ein bedeutender ökonomischer Faktor in unserem Land. Sie schaffen Arbeitsplätze und sind eine Stütze für die Gesamtwirtschaft.

Die Freien Berufe sind aber in den Fokus der EU-Kommission geraten. Sie sollen durch fortschreitende Liberalisierungen für den EU-Binnenmarkt kompatibel gemacht werden. Deshalb widmen wir den heutigen Tag dem EU- Dienstleistungsmarkt und den Deregulierungsbemühungen, die damit einhergehen. Dieses Thema ist selbstverständlich nicht nur die Heilberufe interessant – insofern spreche ich nicht als Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu Ihnen, sondern vor allem als BFB-Vizepräsident. An dieser Stelle möchte ich Ihnen einen Gruß von BFB-Präsident Dr. Vinken übermitteln, der heute leider verhindert ist.

Es erwarten Sie heute einige Vorträge und Diskussionen, über die ich Ihnen einen kurzen Überblick geben möchte. Gleich zu Beginn hören wir das Impulsreferat von der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Frau Widmann-Mauz. Diesem

folgt eine Paneldiskussion zu unternehmensbezogenen Dienstleistungen, an der die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Frau Sabine Poschmann und Tino Sorge sowie Herr Jürgen Tiedje von der EU-Kommission und Herr Dr. Kurz Franz vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz teilnehmen. Außerdem diskutieren Prof. Wolfgang Ewer, Präsidiumsmitglied im Deutschen Anwaltverein und BFB-Vizepräsident, und Prof. Achim Wambach, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung.

Nachdem Dr. Björn Demuth, ebenfalls BFB-Vizepräsident, ein Zwischenresumee des ersten Teils zieht, wird es zweiten Panel heilberuflicher: Zur Reichweite der Binnenmarktstrategie 2015 auf die Heilberufe diskutieren Frau Evelyne Gebhardt, Mitglied des Europäischen Parlaments, der Bundestagsabgeordnete Heiko Schmelzle, der Präsident der Bundeszahnärztekammer und BFB-Vizepräsident Dr. Peter Engel und Prof. Martin Hessler vom Europäischen Zentrum für Freie Berufe der Universität Köln.

Dr. Engel wird die heutige Veranstaltung auch zusammenfassen.

Lassen Sie mich zuvor kurz skizzieren, in welchen Rahmenbedingungen wir uns bewegen.

Freie Berufe sind Dienstleister mit einigen wesentlichen Besonderheiten, zu denen hohe Standards beim Berufszugang und bei der Berufsausübung gehören. Diese Standards müssen an die fortwährende wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung stetig angepasst werden, ohne dabei die bewährten und erwarteten Qualitätsvorgaben aufs Spiel zu setzen. Allerdings geraten die Freien Berufe zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Die Europäische Kommission sieht bei der Regulierung eindeutigen Veränderungsbedarf und hat diesen Anspruch in der Binnenmarktstrategie vom Oktober 2015 ein weiteres Mal untermauert. Gezielte Nadelstiche versetzen den Freien Berufen aber auch die Transparenzinitiative der EU, die Vertragsverletzungsverfahren zu Honorarordnungen und aktuell der Länderbericht 2016 zur Deutschland.

Mit der Binnenmarktstrategie hat die Europäische Kommission angekündigt, konkreten Reformbedarf in bestimmten Mitgliedstaaten zu benennen – sie bezeichnet dies als „regelmäßige Informationsangebote“. Sie will damit Maßnahmen vorschlagen, durch die der Zugang zu reglementierten Berufen und deren Ausübung verbessert werden soll.

Die Sektoren, die die Kommission „in einer ersten Phase“ verstärkt in den Fokus nehmen will, hat sie bereits benannt. Es sind die Bauingenieure, Architekten, Buchprüfer, Rechtsanwälte, Immobilienmakler, Fremdenführer, Patentanwälte. Wir können mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass der Kreis der benannten Berufe noch erweitert wird. Außerdem hat

die Kommission für 2016 einen Legislativvorschlag angekündigt, um regulatorische Hindernisse in den Bereich Rechtsformen, Kapitalbindung und multidisziplinärer Kooperation abzubauen.

Die Gefechtslage ist klar: Der Wirtschaftsliberalismus, wie ihn die EU-Kommission vertritt, versus „Qualitätswachstum braucht klare Spielregeln“, die Position der Freien Berufe. An dieser Konfliktlinie werden wir uns heute Nachmittag entlang bewegen.

Dabei möchte ich betonen: Das Ziel der EU-Kommission, „mehr Binnenmarkt und vertieften Binnenmarkt“ herzustellen, ist per se richtig und wird von den Freien Berufen ausdrücklich befürwortet. Denn wir sind „Freunde des Binnenmarktes“. Verständlich ist auch, dass freiberufliche Dienstleistungen als Markt Aufmerksamkeit erregen.

Wenn man allerdings das Papier der EU-Kommission liest, gewinnt man den Eindruck, dass der Verbraucher- und Patientenschutz in Zukunft keine Rolle mehr spielen soll. An den entscheidenden Stellen werden diese nicht genannt – und im gesamten Papier allenfalls am Rande. Daher fordern die Freien Berufe, dass Verbraucher- und Patientenschutz als gleichrangiges Politikziel anerkannt werden. Ein ausschließliches Abstellen auf ökonomische Aspekte ist der falsche Weg!

Die EU-Kommission plant einen „Dienstleistungspass“, um den Dienstleistungsbinnenmarkt anzukurbeln. Leider lässt sie in den Formulierungen einigen Interpretationsspielraum – und wir wissen, dass es bereits unterschiedliche Lesarten gibt, was denn der Dienstleistungspass genau sei. Wir begrüßen es, wenn der Dienstleistungspass für mehr Transparenz sorgt – damit kann Bürokratie abgebaut werden und das unterstützen wir. Wenn mit dem Dienstleistungspass aber das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür angestrebt wird, dann mag dies einer stark wettbewerbsorientierten Sicht entsprechen; wir als Freie Berufe müssen diese Lesart aber entschieden ablehnen.

Unsere Position ist hierzu klar und unmissverständlich: Die Anforderungen an die Qualifikation und für die Ausübung eines Berufes müssen sich nach den Bedingungen des Landes richten, in dem die betreffende Dienstleistung angeboten wird.

Unsere Freien Berufe sind das ideale best practise-Beispiel für effiziente, staatsferne Regulierung mit starkem, kompromisslosem Qualitätsanspruch. Daher ist nicht nachvollziehbar, dass das System der Freien Berufe nicht als Blaupause genommen wird, sondern unter Rechtfertigungsdruck gerät.

Den Erfolg der Freien Berufe in Deutschland kann es in dieser Form nur geben, weil es die spezifischen Regeln für die Freien Berufe und den gesellschaftlichen Konsens zur Selbstverwaltung gibt. Der Markt freiberuflicher Dienstleistungen in Deutschland steht unter den Prinzipien Gemeinwohl, Verbraucherschutz, Unabhängigkeit, Qualitätssicherung, persönliche Leistungserbringung, Transparenz und Selbstverwaltung. Dies ist der Rahmen für einen funktionierenden Markt, der auf dem das System „Freier Beruf“ basiert.

Wachstumsblocker können wir anhand der uns verfügbaren Daten bei den Freien Berufen nicht ausmachen. Die Freien Berufe sind ein leistungsfähiger Sektor, in dem gut jeder zehnte Euro in Deutschland erwirtschaftet wird. Tendenz steigend. Das System „Freier Beruf“ ist in sich konsistent und hat sich bewährt. Es steht für nachhaltiges sowie kluges Wachstum, es verbrieft Subsidiarität und damit einen europäischen Urgedanken. Es garantiert Verbraucherschutz und trägt zum Gemeinwohl bei. Im Gegensatz zum reinen Preiswettbewerb verbürgt es einen Leistungswettbewerb.

Ökonomische Kennziffern mögen die übrige Wirtschaft zutreffend beschreiben, sie alleine haben für die Freien Berufe aber wenig Aussagekraft. Denn der Beitrag zum Gemeinwohl, der für die Freien Berufe konstituierend ist, lässt sich nicht quantifizieren. Das soll auch so bleiben. Denn Politik ist mehr als nur Wirtschaftspolitik; sie hat auch einen Gestaltungsanspruch jenseits der puren Ökonomie. Und gesellschaftspolitisch fahren wir besser, wenn wir den Gemeinwohlsanspruch bewahren und nicht „durchökonomisieren“.

Diese Bemerkungen möchte ich hiermit schon einmal in den Raum stellen und freue mich auf eine anregende Diskussion. Diese moderiert freundlicherweise Hendrik Kafsack, Brüssel-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem ich hiermit das Wort übergebe.

Vielen Dank.